

Fazit zur letzten Sitzung: Hochschulpolitik in Frankreich

- Trennung von elitären vergleichsweise gut ausgestatteten „Grandes Écoles“ (Lehrstätten für die zukünftigen Eliten) und schlecht ausgestatteten Universitäten (mit stärkerem Forschungsauftrag als die Grandes Écoles)
- Auch inhaltlich Prägung der Hochschulen durch das Ziel der Elitenauswahl
- Starker Einfluss des (Zentral-) Staates auf alle Felder der Hochschulpolitik
- Starker Einfluss auch von beratenden Körperschaften mit Beteiligung hochschulfremder Akteure auf die Entscheidungen der Hochschulselbstverwaltung
- Großer Problemdruck: Unterfinanzierung, Überbelegung, Blockade sozialer Mobilität, geringe internationale Kompatibilität
- Relativ offene verfassungsmäßige Rahmenbedingungen für die Hochschulen
- Wichtigste Akteure sind staatliche Institutionen und (ideologisch zersplitterte) Gewerkschaften
- Reformen mit ähnlichen Zielen wie in anderen europäischen Ländern, bisher aber wenig grundlegende Reformen
- Mögliche Gründe für die Stabilität: Segmentierung des Systems, kulturelle Rahmenbedingungen/Pfadabhängigkeit der Reformen

Hochschulpolitik in Großbritannien: Themen

- Historische Entwicklung, Reformen und Kompetenzverteilung
- Normative Diskussion der Reformen: Folgen, Übertragbarkeit auf Deutschland
- Erklärungen für die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Politikergebnisse in Deutschland, Frankreich und Großbritannien:
 - Sozioökonomische Determination?
 - Machtressourcen organisierter Interessen?
 - Parteienherrschaft?
 - Politische Institutionen?
 - Internationaler Einfluss?
 - Pfadabhängigkeit?

Hochschulpolitik in Großbritannien: Rahmenbedingungen, Prozesse und Ergebnisse

- In Großbritannien war die staatliche Kontrolle wesentlich schwächer als in Kontinentaleuropa: Die Universitäten konnten eigen Formen von Qualitätskontrolle entwickeln, ihre Mitarbeiter ohne Beteiligung des Staates auswählen und selbst die Gehälter festlegen und eigene Studiengänge beschließen und eigene Examina verleihen.
- Ziel unter Thatcher von 1979 bis 1990: Effizienz, „**value for money**“
- In den 1980er Jahren hat sich die Zahl der Studenten mehr als verdoppelt, gleichzeitig ist die öffentliche Finanzierung pro Student um über 30 Prozent gesunken.
- In den letzten 20 Jahren hat es mehr Gesetzgebung im Hochschulbereich gegeben als in den vorherigen 150 Jahren.
- 1987: „White Paper“ des Department of Education and Science benennt als oberstes Ziel der Bildungspolitik, die Wirtschaft effektiver zu dienen (konservatives Grundprinzip)
- Der „**Education Reform Act**“ 1988 verstaatlicht „polytechnics“ und „colleges“ und ersetzt das University Grants Committee durch den University Funding Council
- Der „**Further and Higher Education Act**“ 1992 gleicht die Finanzierung der Hochschularten an.
- 1995 wurden die Ministerien für „education“ und „employment“ fusioniert, die Zuständigkeit für Wissenschaftspolitik wurde auf verschiedene Ressorts verteilt.
- Der „**Teaching and Higher Education Act**“ 1998 hat Studiengebühren auch für Undergraduates eingeführt, die Höhe der Studiengebühren wird aber von der Regierung vorgegeben.

- Der Einfluss des Staates hat durch die genannten Maßnahmen zugenommen („accountability“, „value for money“, engere gesetzliche Rahmenbedingungen), gleichzeitig wurde auch das Marktprinzip gestärkt (als „Quasi-Märkte“ innerhalb der staatlichen Institutionen). Auch die Selbstverwaltung wurde ausgeweitet. Dabei gab es aber einen Paradigmenwechsel. Nicht mehr die einzelnen Universitäten konnten ihre eigene Qualität kontrollieren, sondern die Qualitätskontrolle wurde zu einer kollektiven Gemeinschaftsaufgabe des Scientific Community aller Universitäten (Peer Review).
- Es gab gleichzeitig auch eine Privatisierung der Forschungsfinanzierung, insbesondere indem Gelder aus Patenten und Erfindungen von den Universitäten eingesetzt werden dürfen um andere Leistungen zu finanzieren. Außerdem dürfen die Universitäten andere eigene Einkünfte erzeugen (etwa durch die Vermietung von Räumen, Computern, Bibliotheksdiensten, Sportcentern etc.)

Mögliches vergleichendes Fazit zur Erklärung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Politikergebnisse in D, F und GB

- Überall ähnliche Entwicklungen (Leistungskürzungen, mehr Wettbewerb, Privatisierungen der Finanzierung, Studiengebühren, Frauenförderung etc.): Insgesamt: Idee eines neuen Management Modells, Abkehr vom Bildungsideal, Orientierung an Ausbildungswünschen der Privatwirtschaft
- Umsetzung in Großbritannien besonders einschneidend, in F wenig Veränderungen, in D Einstieg in wesentliche Veränderungen in den letzten Jahren
- Sozioökonomische Determination kann evtl. Verlauf in D erklären (Problemdruck, Dt. Einheit)
- Machtressourcen organisierter Interessen kann etwa erklären, warum studentische Interessen in allen Vergleichsländern wenig Einfluss hatten.
- Parteienherrschaft hat für D (starke Hindernisse gegen Mehrheitsherrschaft) und F (Phasen der Cohabitation, wechselnde Mehrheiten) wenig Erklärungskraft. Für GB nimmt die Erklärungskraft aufgrund der Annäherung der Konzepte der Labour Party an die Konzepte der Conservatives ab.
- Art und Ausmaß der Durchsetzung der Maßnahmen ist nur wenig vom politischen System abhängig. So gab es trotz formal großer Machtkonzentration in F hier wenig Erfolge bei der Durchsetzung neuer Konzepte.
- Die EU hat im Bereich der Hochschulpolitik geringe Kompetenzen, zudem sind alle Vergleichsländer EU-Staaten – daher hat die „Internationale These“ nur geringe Erklärungskraft.
- Die Politikergebnisse hängen offenbar primär davon ab, inwiefern sich die neuen Ziele in die bestehenden Governance-Strukturen einbetten lassen (ob sie kompatibel sind). In Frankreich ist dies am wenigsten der Fall (Dominanz des Staates, Elitentradition). In der BRD stehen einzelne Elemente (Länderhoheit, Verrechtlichungstradition, egalitaristische Bildungstradition, Humboldtsches Bildungsideal) einer Umsetzung einiger neuer Maßnahmen entgegen. In GB gibt es auch Hindernisse (Tradition staatlicher Hochschulfinanzierung, Tradition der Parlamentssouveränität, Traditionalität der Hochschulen), hier ist aber die Kompatibilität der Governance-Strukturen und des Management-Modells am Größten.

Literaturhinweis (ergänzend zum Reader): McNay, Ian, 1999: Changing Cultures in UK Higher Education. The State as Corporate Market Bureaucracy and the Emergent Academic Enterprise, in: Braun, Dietmar/Merrien, François-Xavier (eds.): Towards a New Model of Governance for Universities? A Comparative View. London/Philadelphia/Jessica Kingsley, 34-58.